

N 40/5 My.

Bern, den 10. November 1944.

N o t i z für Herrn Bundesrat Ed. von Steiger.Betrifft Konferenz vom 11. November 1944, 10.00 Uhr, im Sitzungszimmer 36, II. Stock, Schweizerische Nationalbank.

Meine Erkundigungen bei Herrn Legationsrat Dr. Kohli haben ergeben, dass Herr Generaldirektor Dr. P. Rossy zu der Konferenz vom 11. November 1944 eingeladen hat. Herr Inspektor Wyss von der Schweizerischen Volksbank in Bern gibt mir telefonisch folgende Auskünfte über die voraussichtlichen Traktanden an der erwähnten Konferenz:

Herr William John Sullivan von der britischen Gesandtschaft in Bern, sowie Herr Daniel J. Reagan, Attaché bei der amerikanischen Gesandtschaft in Bern hätten in letzter Zeit die Tätigkeit der Schweizerischen Volksbank in Bern bei der Verwaltung der Flüchtlingsvermögen beanstandet. Der Volksbank seien folgende Vorwürfe gemacht worden:

- 1.) dass sie überhaupt ausländische Noten von Flüchtlingen in Schweizergeld umgewechselt habe,
- 2.) dass sie die Umwechslung der ausländischen Noten, oft zu für die Flüchtlinge unvorteilhaften Kursen gemacht habe,
- 3.) dass sie für ihre Tätigkeit bei der Verwaltung der Flüchtlingsvermögen hohe Spesen erhoben habe.

Die amerikanischen und britischen Vertreter würden offenbar befürchten, dass in der nächsten Zeit auch Faschisten und Nazionalsozialisten als Flüchtlinge in die Schweiz kommen und dann deren in die Schweiz mitgebrachten Noten durch die Schweizerische Volksbank in Bern auch umgewechselt würden.

Von der französischen Vertretung in der Schweiz sei der Volksbank ferner mitgeteilt worden, dass sich viele Kollaborationisten aus Frankreich nach Norditalien geflüchtet hätten, unter Mitnahme erheblicher Beträge in französischen Noten. Deshalb wünsche wahrscheinlich auch Frankreich, dass die Volksbank den Handel mit ausländischen Noten ganz einstelle oder möglichst stark einschränke.

Herr Sullivan von der britischen Gesandtschaft hat bei der Schweizerischen Volksbank in Bern durchblicken lassen, dass die Volksbank wegen ihrer Tätigkeit bei der Verwaltung der Flücht-



lingsvermögen auf die schwarze Liste gesetzt werden könnte.

An der Konferenz vom 11. November 1944 wird also voraussichtlich das Problem der Dollarkonversion für Flüchtlinge nicht behandelt. Zur Behandlung dieses Problems wäre bei der Schweizerischen Nationalbank Herr Generaldirektor Hirs zuständig. Ferner müsste jedenfalls ein Vertreter des eidgenössischen Finanzdepartements zugezogen werden, da auch dieses im kleinen Komitee, das über die Uebernahme von Sperrdollars durch den Bund zu entscheiden hat, vertreten ist.

*mey*